

Volks-Zeitung

1911. Nr. 100.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 28. Februar 1911.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulzebergstr. 87. Hinterhaus.
Ving. Dr. Schuchardt, Telefon 138; Redaktions-Telephon 1272.
Gebrauchsur Dr. Weidner, Wohnort in Halle a. S.

Stange gebühren f. b. schlagende Beiträge oder deren Anzahl, falls u. den Geschäft
zu 10. unentgeltlich. In Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin: Weinbergstr. 30.
Telephon Amt VI Nr. 16.290.
Sendung und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Politischer Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung.

Wie die kürzlich erschienenen Entwürfen, von denen die Anstalten, von der Sozialdemokratie zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden, so auch die Einrichtung der Sicherheitsmänner. Der Vorstand des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes hat unter dem Titel: Welche Aufgaben haben die Sicherheitsmänner? an die Sicherheitsmänner, die diesem Verbande angehören, ein Schreiben mit Anweisungen verteilt, damit sie, wie es in dem Vorwort heißt, den Anforderungen, die an sie herangetragen, gerecht werden können. Aus den Anweisungen seien nur einige sehr bescheidende herausgehoben:

Das Verhalten des Sicherheitsmannes dem Steiger gegenüber muß ein ganz anderes sein als den höheren Beamten und der Bergbehörde gegenüber. Wird eine Gefahrenglocke ertönt, deren Abklingung in der Nacht des Steigers liegt und von ihm auch verlangt wird, so ist keine Meldung zu erstatten, vorausgesetzt, daß der Steiger dem Sicherheitsmann keine Kleinigkeiten in der Weg zu legen versucht. Gefahrenquellen, die in Verhelfungen der Bergbehörde an ihre Mägen haben, müssen stets ins Reichliche berichtet werden. ... „Rom verbande aus erhält der Sicherheitsmann ein Fahrbuch, wie es auf der Karte ausliegt, in dieses sollen die gleichen Eintragungen wie in das Rechenbuch sowie die Bemerkungen des Betriebsführers bezug. des betreffenden Beamten nachgetragen werden. Gelegentlich zur Aufsicht führt sich bei der nächsten Besichtigung. Einige Berichte des Sicherheitsmannes und unzulässige Bemerkungen und Aufsehen kann sich der Sicherheitsmann verdienen.“

„Es wird empfohlen, wichtige Erfahrungen, die der Sicherheitsmann bezüglich der Verhältnisse gemacht hat, die aber nicht ins Rechenbuch auf der Karte eingetragen werden dürfen, in das vom Verbande geführte Buch einzutragen. Diese Bemerkungen sind als solche durch den Aufsicht, nur in dieses Buch einzutragen.“ (n. d. B. e.) ferner zu machen. ... „Auf die Fehler der Arbeiter soll der Sicherheitsmann in allen Fällen hinweisen, wo er Gefahr für vorliegend hält. Dies Vergehen ist er jedoch nur dann ins Fahrbuch einzutragen, wenn er wirklich Gefahr für vorliegend erachtet und sein Handeln und seine Aufforderung auf Mithilfe bei diesen auf Ablehnung stößt.“

So sucht nun die Steiger durch schonende Behandlung in die sozialdemokratische Bewegung hineinzuwickeln und erwidert im übrigen eine Oberaufsicht der sozialdemokratischen Verbandesleitung. So wird die Einrichtung der Sicherheitsmänner, die verständlich wirken sollte, sozialdemokratischer Machtverteilung dienlich gemacht.

Deutsches Reich.

Der Kriegsminister von Heeringen und die französische Fremdenlegation. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Kriegsminister von Heeringen hat im Laufe der Woche über den Militärstat, als von anderer Seite die Sprache auf die französische Fremdenlegation gekommen wurde, mit herabdrückender Schärfe seine Entrüstung über die deutschen Blätter ausgesprochen. Die für diese bekanntlich größtenteils aus deutschen Außenministerien bestehende Truppe soll keine machen. Nicht nur der preussische Kriegsminister, sondern auch jeder gute Deutsche wird über ein solches unpolitisch-gewaltiges Gebaren entrüstet sein. Der Pariser „Temps“ und einige andere französische Blätter fanden sich bemüht, Herrn von Heeringen wegen dieser Worte anzugreifen und fabelten dabei sogar von einer Weidung der französischen Armee. Wir müssen diese Vorwürfe auf das Entschiedenste zurückweisen und möchten den „Temps“ daran erinnern, daß die Art der Verkrüppelung der Fremdenlegation und die sich daraus ergebenden Folgen wiederholt die Öffentlichkeit in einer Weise beschäftigt haben, die nicht geeignet ist, in der gestimmten Welt Sympathien zu erwecken.

Der Kaiserliche Oberpräsident bleibt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Eine Berliner Zeitung meldet, daß die Gegenseite zwischen dem Oberpräsidenten von Posen und der Staatsregierung, insbesondere die bisherige Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes in Verbindung mit dem Plane, in dem neuen Kaiserlichen Hof einen preussischen Prinzen Hof halten zu lassen, die Entfernung des Oberpräsidenten aus Posen bedingten. Diese Nachricht entbehrt jeglicher Unterlage.“

Der amerikanische Botschafter in Berlin. Dr. Hill, wird sich am 11. März nach New-York begeben. Er will an der Columbia-Universität acht Vorlesungen über Rechtsfragen halten.

Aufführung von Dedänderen. Nach einer Meldung aus Köln will die Provinzialverwaltung einen größeren Komplex von Dedänderen in der Umgebung von Walden-Monjois durch Besetzung der Provinzialanwaltschaft kultivieren lassen.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Mecklenburg am Montag wurden bis 11 Uhr abends gewählt für Rittergutsbesitzer Drowski-Schuborn (Centrum) 10733, für Pfarrer Barczewski (Pole) 6793

und für Rechtsanwalt Gasse (Sozialdemokrat) 303 Stimmen. Eine Anzahl Bezirke sieht noch aus, doch gilt die Wahl Drowski als gesichert.

Angelsächsischer Diamantfund im Bezirk Gibeon. Ein auffälliger Diamantfund soll nach einer Meldung im Bezirk Gibeon in Deutsch-Südwestafrika gemacht sein, und zwar soll ein dreißigtägiger Mann im dortigen Braugrund gefunden worden sein. An dänischer Stelle ist, wie die „N. N.“ erfahren, eine Bestätigung nicht eingetroffen, so daß jene Nachricht mit großer Vorsicht aufzunehmen ist. Das Vorhandensein von Braugrund in Gibeon ist der Regierung längst bekannt, doch wird dort trotz langer und kostspieliger Versuche der Gibeon-Schürf- und Handels-gesellschaft bisher noch niemals aus nur die kleinsten Diamanten gefunden worden. Im Liberibuchter Bezirk ist die Schläge umgekehrt. Dort ist bisher trotz reichlicher Funde Braugrund noch nicht entdeckt worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Ebdow.

Landes- und Gewerbeverwaltung.

Beider Einnahmenbericht.

Abg. Dr. v. Korn-Schubert (son.): Nach einem Erlaß des Ministers sind Polizeiverordnungen erlassen, nach denen Lokomobile mit Funkenanlagen zu versehen sind. Diese Vor- ist ist praktisch unumkehrbar.

Ein Kammerherr: Dieser sind uns nur wenige solche Polizeiverordnungen zur Kenntnis gekommen. Aber die Feuergefährlichkeit der Lokomobile und die Mängel auf die Feuerverhütungsgesellschaft richtigstellen.

Abg. Hindler-Pöfen (Fortf.): Die für gut befundenen Funkenanlagen sollten bei allen Lokomobilen ausgeführt werden.

Abg. Heißig (son.): Als Lehrer bei den Vagantenschulen müssen die mehr Praktiker herangezogen werden. Soweit bisher schon Praktiker als Lehrer tätig sind, haben sie bisher in allen Klassen mit ausgezeichneten Erfolgen unterrichtet. Wenn jetzt aber daran gedacht würde, die Praktiker zu beurlauben, so wäre dies tief bedauerlich. Die Vermehrung der Vagantenschulen ist unerlässlich. Auch Berlin und Vorpommern sind noch besser zu bedenken.

Abg. von Schenkendorf (nat.): Die Signatur des Etats für die gewerbliche Erziehung deutet auf große Sparbarkeit hin. Dagegen selbst sich unsere ganze gewerbliche Erziehung selbst in hoch erfreulicher Entwicklung und wird ihrer Aufgabe voll gerecht, indem sie die für die deutsche wirtschaftliche Entwicklung notwendigen gewerblichen Fachkräfte auf den Weg bringt. Und nicht zuletzt dem sozialen Bedürfnis nach aufstrebender Bevölkerung weiter Schichten des Volkes für sorgfältige Rechnung getragen ist. Weit in der Entwicklung zurück stehen heute noch die weiblichen Fortbildungsinstitute, und doch liegen hier fast ungenutzte Bedürfnisse vor. Bei den Fortbildungsinstituten empfiehlt es sich dringend, nicht allein theoretisch zu unterrichten, sondern auch die Werkstattbildung des Meisters zu erlernen, um sie zu ergänzen. Ich habe das gefasste, heute in Witten stehende Fortbildungs- und Fachschulwesen als eine große Fortschrittserreichung an, in der die ganze im Erwerblichen stehende Jugend sich schulen und tüchtig machen kann für ihr Fortkommen im Leben.

Abg. Hindler (Fortf.): Erwünscht ist die Pflege der heimatischen Bauweise.

Landesminister Ebdow: Mit der Pflege der heimatischen Bauweise bin ich einverstanden, soweit sie mit den gewerblichen Ansprüchen verträglich ist. Aber die Fortbildungsaufträge werden wie bei der Vorlage zur Werkstattbildungsschule zu unterhalten haben. Wir haben uns fernerzeit für das Schien der akademisch gebildeten Lehrer entschieden; die praktische Vorbereitung wird bei ihnen natürlich nicht vernachlässigt. Die Bitte um Erhöhung des Gehalts für die nicht akademisch gebildeten Lehrer ist vorläufig unerfüllbar; an der mühsam zustande gekommenen Gehaltsanordnung sollte nicht geändert werden. Mein Etat ist gewiss mit einer gewissen Knappheit ausgestattet, aber das hat er mit allen anderen Etats gemeinsam.

Abg. Dr. Kieber (nat.): Die Lage der Lehrer an den gewerblichen Fortbildungsschulen sollte durch Zulagen verbessert werden.

Abg. Heißig (son.): An den Vagantenschulen ist die Veranlagung von Praktikern als Lehrer besonders notwendig.

Bei den dauernden Ausgaben, Titel Ministergehalt, bemerkt Abg. v. Braun (son.): Wir können auf die Aufsicht der Regierung zurück, in diesem Jahre an den Ansehensamt nicht heranzutreten. Das Ergebnis der Jurisdiktion der Regierung war ja ein Steigen des Kurzes der Staatsanwaltschaft, aber zugleich das Sinken ausländischer Papiere. Die Zulassung fremder Banknoten ist die Ursache unserer Schwierigkeiten in Auslande verzeihen. Kräftig mit der bekannte Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen“, die sich gegen die Zulassung weiterer ausländischer Papiere wandte, zu billigen. Ob eine Ueberlastung des Marktes vorliegt, ist ja schwer zu sagen. Das Verhältnis der ausländischen zu den deutschen Papieren hat im Laufe der Jahre aufwärts und abwärts geschwankt. Die Notwendigkeit der ausländischen Papiere muß aber vorläufig beibehalten werden. Immerhin vor die Warnung im Regierungsorgan am Fische, ja sie hätte noch früher kommen sollen. Wären die St. Louis-Bonds ein gutes Papier, so hätten es die Amerikaner nicht herausgelassen. Der inländische Markt hat allen Anlaß, vorsichtig zu sein und das Vorgehen des Ministers zu billigen. Dieser Etat kann aber nicht beibehalten ohne eine Vergrößerung des bereits ergründeten Posen-Flugplatzes und der Stellung der Handelskammern zum Bankraub. Die Posener Landwirtschaftskammer

hat nicht zu Veranlassungen des Bundes der Landwirte eingeladen; dies ist lediglich private Arbeit. Anders liegt es bei dem vorerwähnten Beitritt von Handelskammern zum Bankraub. (Sehr wahr!) Man denke an das Flugblatt des Bankraubs über Rechte und Pflichten der Landwirtschaft. Solche agitatorischen Bilder können nicht wieder weit gemacht werden. Deshalb sollte der Minister aus dem Fischen Jahre auch der inländische Markt legen, dem Bankraub korporativ nicht beizutreten. (Beifall.)

Landesminister Ebdow: Ein gewisses Quantum ausländischer Papiere in inländischem Verkehr ist erwünscht. Aber die Bedürfnisse des Inlandsmarktes dürfen dadurch nicht beschränkt werden. Aber mit der Befreiung des Inlandsmarktes mit ausländischen Papieren wird nicht in diesem Jahre auch der inländische Markt. Deshalb sollte die Beschränkung nicht aufzuheben werden. Das entsprechende gleiche Emissionsgesetz habe ich davon verabschiedet. Man wolle ein, es handle sich nur um 2 Millionen Dollars. Aber das konnte nicht beeinflussen. Hätte ich die 2 Millionen zugelassen, so wäre die Tür überhaupt geöffnet gewesen. (Sehr richtig!) Die Prüfung der Qualität der Papiere kommt für mich natürlich nicht in Betracht. Ich wollte eben die Banken beauftragen, neben ihren gewöhnlichen Interessen auch die Lage des Inlandsmarktes zu berücksichtigen. — Die Handelskammern haben weitgehende Autonomie. Andererseits ist das Aufsichtsrecht des Landesministers beschränkt. Aber aus dem Bankraub ist eine wirtschaftspolitische Vereinigung geworden. Darf ich einer solchen eine Handelskammer angeschlossen? Nun ja, wenn der Bankraub seit einer politischen Vereinigung geworden. (Sehr richtig, rechts.) Ich bin nicht dieser Meinung. (Sehr richtig! links.) Als ich aber das erwähnte Flugblatt mit seinen Ueberreibungen und lafädischen Unrichtigkeiten las, beunruhigte ich, daß Handelskammern dem Bankraub angehören, da sie den Anschein erwecken, als nehme sie an dieser Art der Politik teil. Das „Bankraub“ ist ja auch von führenden Mitgliedern des Nationalvereins mitbewilligt worden. (Auch Herr Kieber hat es unterschrieben!) Aber solche Ueberreibungen gehören nicht die Konsequenz, daß die Handelskammern dem Bankraub nicht angehören dürfen. (Beif. Beifall links; Widerspruch und Lachen rechts. Zur.) Dann können also auch die Landwirtschaftskammern dem Bankraub beitreten? (Beif. Beifall links.)

Abg. Dr. Grunenberg (Hr.): Die Regierung sollte die Handelskammern antreiben, sich in ihren Berichten auf lafädische Mittelungen zu beschränken. Politische Betrachtungen gehören nicht in diese Berichte hinein. Daß der Minister die Handelskammern zum Bankraub beitreten läßt, bedeutet ein Verstoß gegen die Weisung des Reichstages, die Weisung des Reichstages sollte der Minister fördern. Unerlässlich ist das Inkrafttreten des zweiten Teils des Bankraubverordnungsgebotes.

Abg. Dr. Schröder (nat.): In der Frage der ausländischen Papiere stimme ich Herrn v. Braun zu. Hingegen glaube ich, daß der Minister sich über die Weisung einer Handelskammer zum Bankraub nicht zu kümmern hat. Abg. Grunenberg sollte den Handelskammern nicht den Mund verbieten wollen. Industrie und Gewerbe suchen vielfach unter dem Druck der Sozialpolitik. Die Privatbeamtenüberhöhung muß kommen. Ob freiwillig die Weisung der Reichsregierung nach von diesem Hinschlage beabsichtigt werden kann, ist zweifelhaft. Das Uebergehen der Sozialdemokratie in den großen Christenvereinen muß jedenfalls geschehen werden.

Abg. Kieber (nat.): Das gewerbliche Fortbildungsaufgaben muß dem Landesminister unterstellt bleiben und darf nicht an Kultusministerium übergeben. Der sog. Gewerbe-paragraf bezieht in seiner jetzigen Auslegung das gesamte Handwerk. Daß es im Handwerk, auch ohne Handwerkerbereich nicht abgeht, ist doch klar. Die Förderung die Industrie, wenn die Arbeiter des Handwerkes teilnehmen, auch mitkommen zu lassen, ist kein Verirr an Handwerk. Die Schaffung von Mindestlöhnen überlasse man den einzelnen Gewerben.

Dienstag: Fortsetzung. Schluß 15 Uhr.

Deutscher Reichstag.

136. Sitzung vom 27. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. G. einigen.

Das Gesetz über die weitere Zulassung von Disziplinieren im Parlament wird in dritter Lesung verabschiedet.

Die Beratung des

Militär-Etat

wird beim Gehalt des Ministers fortgesetzt.

Abg. Erdler (Hr.): Der Wortlaut der Sozialdemokraten, daß sie alles bewilligen, die Erhöhung der Rangeschritte aber ablehnen, nimmt sich sonderbar aus im Munde einer Partei, die die Steuern ablehnt. Die Ehrenglieder sind nicht mehr eigentliche Gelehrte, sondern nur noch autoritative Behörden. Der Kriegsminister hat die verschiedene Behandlung der Offiziere und Zivilisten vor dem Ehrenamt mit praktischen Erwägungen begründet. Es ist doch aber ein großer Unterschied, dem einen droht Justiz, dem anderen nicht. Das ganze Verfahren antwortet allen Garantien. Herr Raab hat die Gelegenheit benutzt, seinem antisemitischen Herzen Luft zu machen. In dieser Art kann man das erste Problem nicht lösen. In allen Ländern sind Straaten zugelassen. Wir haben allen Anlaß, für die Durchführung des Paritätengesetzes von 1909 einzutreten. Wie sind für die finanzielle Gleichberechtigung der Juden. Ein Jüdischer unter ihnen heißt meinem Vorgehen nicht nach. Dieser Kampf wird uns stets auf dem Boden finden, es ist der Kampf für Gerechtigkeit. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Olsan (nl.): Wir können die aufstrebende und belebende Idee des Abg. Raab nicht unüberprüft lassen. Er hat mit dem Vorschlag berganger Inhabende genehmigt. Selbst die Kreuzzeitung hat erklärt, daß sie der antisemitische Versuch in konservativen Programmen nicht mehr aufrecht erhalten sollte.

